

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB
 Claudia Tausend, MdB
 Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Das Jahr 2016 ist bereits in vollem Gange. Der politische Alltag hat uns wieder und verlangt hohen Einsatz. Bereits Anfang Januar 2016 haben wir uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion zur Neujahrsklausurtagung getroffen. Auch die Diskussion um den Umgang mit der Flüchtlingssituation wird weiter sehr intensiv geführt. Am 26. Januar 2016 haben wir diesbezüglich einen Brief an die Bundeskanzlerin geschrieben und unsere Position verdeutlicht. Viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünschen Florian Post und Claudia Tausend

NEWS TICKER

- **Hans-Jochen Vogel zum 90.Geburststag** Münchner SPD feiert einen ihrer Größten
- **Jahresauftaktklusur** SPD-Bundestagsfraktion traf sich zur zweitägigen Klausur
- **Flüchtlingssituation** Abgeordnete schreiben Brief an die Kanzlerin
- **Politischer Jahresauftakt** Dreikönigstreffen der Münchner SPD

Flüchtlingssituation meistern - Unser Brief an die Kanzlerin

Der Zustrom von immer mehr Asyl-suchenden stellt Deutschland vor enorme Herausforderungen. Umso wichtiger, dass die Politik handlungsfähig bleibt und zügig Lösungen findet und umsetzt. In den letzten Wochen ist aber ein anderer Eindruck entstan-

den. Vor allem von der CSU, aber auch von Teilen der CDU wurde blockiert, gehetzt und sogar Klagen angedroht. Wir haben zusammen mit elf anderen SPD-Abgeordneten einen Brief an Kanzlerin Merkel verfasst. Wir wollten damit einen konstruktiven Debatten-

beitrag leisten, der sich nicht zur eigenen Profilierung der Ängste der Bevölkerung bedient, sondern Lösungen sucht. **Diesen Brief wollen wir Euch nicht vorenthalten, daher sei er auf den folgenden drei Seiten vollständig veröffentlicht.**

Flüchtlingssituation meistern - Unser Brief an die Kanzlerin Seite 1/3



Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Thomas Hitschler, MdB
Johannes Fechner, MdB
Christian Flisek, MdB
Metin Hakverdi, MdB
Matthias Ilgen, MdB
Christina Jantz, MdB
Lars Klingbeil, MdB
Mahmut Özdemir, MdB
Florian Post, MdB
Dennis Rohde, MdB
Claudia Tausend, MdB
Carsten Träger, MdB
Dr. Jens Zimmermann, MdB

Berlin, 26. Januar 2016/sl

Umgang mit der Flüchtlingssituation

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die hohe Anzahl an Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stellt unseren Staat auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Wir verschließen die Augen nicht vor den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Dennoch stellen wir fest, dass Deutschland seiner Verantwortung in besonderer Weise nachkommt. Seit Monaten leisten die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Kommunen und die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Beachtliches, um diese Mammutaufgabe zu stemmen. Wir unterstützen diesen Kurs der Bundesregierung ausdrücklich.

Als wenig hilfreich empfinden wir es jedoch, wenn sich Mitglieder der Koalitionsparteien in einen Überbietungswettbewerb neuer Vorschläge begeben. Noch bevor die Tinte getrocknet ist, mit der gemeinsam in der Koalition beschlossene Maßnahmen aufgeschrieben wurden, werden neue Forderungen in den Raum geworfen. Und das seit Wochen. Damit werden nicht nur die gemeinsam getroffenen Beschlüsse in Frage gestellt; auch die Handlungsfähigkeit der Regierung wird dadurch in ein falsches Licht getaucht. Ein solches Vorgehen verunsichert die Menschen im gesamten Land. Statt immer weiter an der Hysterieschraube zu drehen, sollten die vereinbarten Beschlüsse und bestehenden Gesetze vernünftig umgesetzt werden.

Flüchtlingssituation meistern - Unser Brief an die Kanzlerin Seite 2/3



Eine der dringlichsten Aufgaben ist es, den wachsenden Antragsstau im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu beseitigen. Dass sich mittlerweile weit über 350.000 unbearbeitete Asylanträge angesammelt haben sollen, ist in unseren Augen ein unzumutbarer Zustand. Solange die Probleme an diesem Flaschenhals der Verwaltung nicht gelöst werden, verpuffen alle anderen Maßnahmen. Die Asylverfahren müssen deshalb deutlich beschleunigt werden. Dazu braucht es eine personelle Aufstockung des öffentlichen Dienstes und deutlich mehr Entscheider als bisher. Diese Aufstockung haben wir als Parlament schon vor Monaten beschlossen.

Statt die bereits abgelehnten Transitzone unter neuen Namen wieder ins Gespräch zu bringen, müssen die gemeinsam beschlossenen Registrierzentren zum Laufen gebracht werden. Dies gilt für alle Koalitionsbeschlüsse des vergangenen Novembers. Auch die Stärkung der öffentlichen Sicherheit haben wir durch eine deutliche personelle Aufstockung der Bundespolizei parlamentarisch auf den Weg gebracht.

Ausdrücklich unterstützen wir Ihr Anliegen, europäische Lösungen zu finden. Die aktuellen Herausforderungen lassen sich rein national nicht lösen. Die Durchsetzungskraft, die Deutschland im Rahmen der Euro-Krise gezeigt hat, muss auch bei diesem Thema gezeigt werden. Während der Griechenland-Krise gab es gefühlt täglich europäische Verhandlungen und Gipfel um eine Einigung zu erreichen. Statt der verheerenden Wiederbelebung von Binnengrenzen müssen die europäischen Außengrenzen gesichert werden und die vereinbarten Kontingentlösungen umgesetzt werden.

Auch plädieren wir für stärkere Investitionen in die syrischen Anrainerstaaten, allen voran Jordanien und den Libanon. Der Zustand der Flüchtlingsunterkünfte in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens entscheidet zentral darüber, wie viele Menschen weiter nach Europa fliehen. Hier kann die Bundesregierung effektiv Fluchtursachen bekämpfen und Menschen die gefährliche Fluchtroute nach Europa ersparen.

Gerade als Abgeordnete der jüngeren Generation treibt uns diese Jahrhundertaufgabe um. Die internationalen und nationalen Herausforderungen sind immens. In diesen Tagen werden die Weichen gestellt, wohin sich Deutschland und Europa entwickeln werden. Errungenschaften der letzten 70 Jahre geraten unter Druck und müssen sich nun beweisen.

Auch als Sozialdemokraten teilen wir dabei die jüngsten Sorgen und Einschätzungen des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler. Wer sich mit immer neuen unhaltbaren Forderungen an der

Flüchtlingssituation meistern -

Unser Brief an die Kanzlerin Seite 3/3



Panikmache beteiligt, vergiftet das Klima unserer Gesellschaft. Wer diese Angstmacherei betreibt, obwohl er in Regierungsverantwortung steht, handelt vollkommen unverantwortlich.

Damit muss Schluss sein. Nur dann können wir das schaffen. Wir wollen diesen Weg in der Koalition gemeinsam gehen. Dazu muss aber endlich die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen in den Mittelpunkt gestellt werden. Nutzen Sie hierfür Ihre Richtlinienkompetenz!

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Hitschler, MdB

Johannes Fechner, MdB

Christian Flisek, MdB

Metin Hakverdi, MdB

Matthias Ilgen, MdB

Christina Jantz, MdB

Lars Klingbeil, MdB

Mahmut Özdemir, MdB

Florian Post, MdB

Dennis Rohde, MdB

Claudia Tausend, MdB

Carsten Träger, MdB

Dr. Jens Zimmermann, MdB



Hans-Jochen Vogel freute sich sichtlich über die gelungene Feier mit zahlreichen Rednern.



Bundesminister der Justiz und schließlich im Jahr 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin. Bei der Bundestagswahl 1983 war er Kanzlerkandidat der SPD, von 1987 bis 1991 Bundesvorsitzender der SPD und von 1983 bis 1991 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Wir alle gratulieren ihm von Herzen und wünschen viele weitere gesunde und glückliche Jahre!

Herzlichen Glückwunsch Hans-Jochen Vogel zum 90. Geburtstag

Am 4. Februar feierte die SPD Hans-Jochen Vogels 90. Geburtstag im Saal des Alten Rathauses – mit dabei u.a. SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel und Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder. Vogel war von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister von München. Er holte 1966 die Olympischen Spiele nach München und prägte die Planung der Stadt nachhaltig: Unter ihm wurde z.B. die erste Fußgängerzone eingerichtet und die erste U-Bahn gebaut. Von 1972 bis 1974 war er Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dann bis 1981

Mehr Solidarität im Gesundheitswesen

Derzeit gibt es Forderungen aus der Ärzteschaft, die Gebührenordnung der Ärzte zu novellieren und deutlich höhere Honorare durchzusetzen. Diese Gebührenordnung sichert den Ärzten bereits jetzt erhebliche Einkommensvorteile bei der Behandlung privatversicherter Patientinnen und Patienten.

Eine Änderung müsste vom Bundesgesundheitsministerium erlassen werden und bedürfte der Zustimmung der Länder. Wir als SPD-Bundestagsfraktion lehnen eine Novellierung ab. Denn sie würde das System der Zweiklassen-Medizin zementieren. Unser Ziel hingegen ist die Etablierung eines einheitlichen Vergütungssystems unabhängig vom Versichertenstatus

der Patientinnen und Patienten. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollten den gleichen Zugang zur medizinisch notwendigen Gesundheitsversorgung haben. Die Besserstellung privat Versicherter ist nicht akzeptabel. Deswegen fordern wir weiterhin die Einführung der solidarisch finanzierten Bürgerversicherung. Außerdem muss der kassenindividuelle prozentuale Zusatzbeitrag, der gegenwärtig von den Mitgliedern alleine, ohne einen Beitrag des Arbeitgebers getragen wird, gestrichen werden. Dieser wurde seinerzeit eingeführt, um Lohnnebenkosten in Zeiten der Wirtschaftskrise

zu senken. Aber dieses Argument gilt jetzt nicht mehr. Der deutschen Wirtschaft geht es so gut, wie lange nicht mehr und im Herbst 2015 waren so viele Menschen erwerbstätig, wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass künftige Ausgabensteigerungen, die auf Grund des demografischen Wandels und medizintechnischen Fortschritts entstehen werden, ausschließlich von den Versicherten getragen werden müssen. Wir fordern die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und eine gleiche und gerechte Beitragsbelastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

SPD-Bundestagsfraktion trifft sich zur Jahresauftaktklausur

Pünktlich zum neuen Jahr hat sich auch wieder die SPD-Fraktion zu ihrer zweitägigen Klausur in Berlin getroffen. Wichtige Themen und Beschlüsse für das Jahr 2016 standen auf der Agenda. Ein Überblick:

Öffentliche Sicherheit gegen rechts verteidigen

Die Innere Sicherheit ist eines unserer Kernanliegen. Immer mehr Gewalttaten gegen Flüchtlingswohnheime machen uns sprachlos. Im Schatten der Ereignisse der Kölner Silvesternacht ist die Anzahl der rechtsmotivierten Anschläge drastisch angestiegen. Wir als SPD-Bundestagsfraktion setzen uns dafür ein, dass diese konsequent verfolgt und geahndet werden. Daher heißt es: Klare Kante gegen Rechts! Rassismus und Rechtsextremismus sollen noch stärker bekämpft werden. „Braune Hetzer“ versuchen die Sorgen der Menschen aufzugreifen und Hass zu schüren. Die Sozialdemokratie hält deshalb am NPD-Verbotsverfahren fest. Außerdem fordern wir, künftig auch die gefährlichen rechtsextremen Tendenzen in der AfD und Gruppen wie PEGIDA vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

Ein Integrationsplan für Deutschland

Für die Eingliederung von vielen hunderttausend Flüchtlingen brauchen wir dringend einen Integrationsplan. Investitionen in Kitas und Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, in Sprach- und Integrationskurse, sowie den Wohnungsbau sind dabei unerlässlich. Alleine 5 Mrd. Euro sollen dazu dienen die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu entspannen. Zu einem Integrationskonzept gehören aber ebenso klare Regeln und eine Vorstellung, wie unser gemeinsames Zusammenleben gelingen kann. Dabei müssen wir unsere Werte stets im Auge behalten: Andersgläubige zu respektieren, die Rechte von Frauen, Kindern und sexuellen Minderheiten zu achten und Gewalt als Mittel der Konfliktlösung abzulehnen, sind die Grundfundamente unserer Gesellschaft.

Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln

Als SPD-Bundestagsfraktion sehen wir eine Vertiefung der Eurozone als unumgänglich an. Nur dadurch können wir höheres Wachstum generieren und den sozialen Spannungen innerhalb unserer Währungsunion entgegenwirken. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir uns europaweit mit Erfolg für die Abwehr eines Grexit eingesetzt. Durch die Verständigung auf ein drittes Hilfspaket hat Griechenland nun die Chance auf nachhaltige wirtschaftliche Erholung und soziale Stabilisierung als Mitglied der Eurozone. Diesen Prozess weiterhin eng zu begleiten und mitzugestalten, wird eine unserer Hauptaufgaben in den nächsten Jahren sein.

Politischer Jahresauftakt – Dreikönigstreffen der Münchner SPD

Mit dem traditionellen Dreikönigstreffen ist die Münchner SPD erfolgreich ins neue Jahr gestartet. Die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Rathaus und Landtag, Alexander Reissl und Markus Rinderspacher, stimmten die Partei in ihren Reden auf das kommende Jahr ein. Weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung der Wimmer-Medaille für ehrenamtliches Engagement an 15 langjährige Kassiererinnen und Kassierer aus der Münchner SPD. Ein Dankeschön an die geleistete Arbeit.



Anstoßen auf einen erfolgreichen politischen Jahresauftakt.



Christian Ude mit Claudia Tausend und Markus Rinderspacher



Verleihung der Wimmer-Medaille an die Kassiererinnen und Kassierer aus der Münchner SPD.



V.l.n.r. Hans-Jochen Vogel,
Franziska Augstein, Wolfgang Thierse
und Claudia Tausend.

Buchvorstellung mit Hans-Jochen Vogel

“Es gilt das gesprochene Wort!”

Wenige Tage vor seinem 90. Geburtstag hat Hans-Jochen Vogel im Münchner Künstlerhaus sein neues Buch mit dem Titel “Es gilt das gesprochene Wort!” präsentiert.

Es beinhaltet eine Auswahl von Reden aus seiner aktiven Zeit in der Politik, die von Wolfgang Thierse charmant vorgestellt wurden.

Für Claudia Tausend war es eine große Ehre als Vorsitzende der Münchner

SPD im Künstlerhaus im Rahmen der Buchvorstellung eine Diskussion zur aktuellen politischen Lage mit Hans-Jochen Vogel persönlich, sowie Franziska Augstein und Wolfgang Thierse zu bestreiten. Ein spannender Abend, der gezeigt hat, dass Hans-Jochen Vogel auch mit seinen nun 90 Jahren immer noch bestens informiert und ein wichtiger Impuls- und Ratgeber für die SPD ist.

UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung – 2030-Agenda umsetzen

Im September 2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen ihre 2030-Agenda beschlossen. Mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen für nachhaltige Entwicklung soll diese Agenda für alle Länder bis 2030 gelten.

Die 2030-Agenda ist der erste weltweit gültige Katalog von konkreten Zielen für nachhaltige Entwicklung. Das überholte Geber-Nehmer-Prinzip wird

damit endgültig aufgebrochen. Es ist ein Startschuss für eine wirkliche Globale Partnerschaft. Mit ihrem Antrag „UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung – 2030-Agenda konsequent umsetzen“, den der Bundestag am 28. Januar 2016 debattiert hat, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, sich aktiv für die

Umsetzung dieses ganzheitlichen Ansatzes internationaler nachhaltiger Entwicklung einzusetzen. Dazu gehört, die globalen Wirkungszusammenhänge besser zu erkennen und in der eigenen Politik zu berücksichtigen, sowohl in der Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik, aber auch in den nationalen Politikbereichen.

Intelligente Mobilität fördern

Ob automatisiertes Fahren und „digitale Straße“ oder der Einsatz automatisierter Systeme im Schienenverkehr, der See- und Binnenschifffahrt, im Luftverkehr oder in der Logistik:

Um die Chancen der Digitalisierung für den Verkehrssektor zu nutzen, bedarf es enormer staatlicher Anstrengungen in der Forschung, Förderung und bei

der Schaffung guter rechtlicher Rahmen und Standards, sind sich die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD einig.

In einem gemeinsamen Antrag, der am 29. Januar 2016 erstmalig im Bundestag beraten wurde, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung daher auf, eine

verkehrssträgerübergreifende Strategie zur intelligenten Mobilität vorzulegen. Deutschland brauche sie, um die Effizienz und die Sicherheit der deutschen Verkehrssysteme ausbauen, die Umwelt besser schützen und dabei auch künftig hohe Datenschutzstandards halten zu können.

Aus dem Wahlkreis

Auch im Dezember und im Januar waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



Heiliger Abend bei der AWO Neuperlach mit vielen Gästen, darunter Markus Rinderspacher, der AWO -Vorsitzende Alfred Schellerer, BA-Fraktionssprecherin Astrid Schweizer, Mezzosopranistin Franziska Rabl, Bezirksrätin Hiltrud Broschei und Ilse Westner vom Festring.



Tolles Showprogramm der Faschingsprinzenpaare Anfang Januar beim Inthronisationsball der Feringa. Hier bei der Schlüsselübergabe mit Alexander Reissl und Mike Malm.



Gelungener Neujahrsempfang von Diana Stachowitz, Julia Schönfeld-Knor, Gerd Wimmer und Alexander Reissl im bis auf den letzten Platz gefüllten Augustiner-Keller.



Gut besuchter Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Fürstenfeldbruck mit Verleihung von zwei Faschingsorden



Florian Post im Gespräch mit dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder.



Zu Gast beim Jugendstadtrat in Fürstenfeldbruck Eine tolle Diskussion die beweist, dass Jugendliche sowohl politisch informiert als auch interessiert sind.



Jahreseinstandsfeier der SPD Olching. Mit Andreas Magg, Herbert Kränzlein, Florian Post, Martin Eberl und vielen Mitgliedern.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union sowie im Ausschuss für
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.